

# Deutschlands Abschied von Candide

VON JOSEF JOFFE

Der Fraktionschef der Grünen hat recht: Das Ja zu einem deutschen Kampfeinsatz auf dem Balkan ist eine 'Zäsur'. Die Kritiker haben auch recht mit ihrer Warnung, daß der Einstieg in einen Krieg leichter ist als der Ausstieg; Mars ist ein wankelmütiger, hämischer Gott, der gerne mit dem Hochmut der Menschen spielt. Sie haben, drittens, recht mit dem Argument, daß es bequemer sei, sich aus den Händeln der Weltpolitik herauszuhalten und - wie Voltaires Candide - lieber den eigenen Garten zu bestellen.

Wer möchte das nicht? Außerdem: Wer solche Positionen bezieht, muß weder grün noch schwarz, weder links noch rechts sein. Denn im Streit um die deutsche Rolle in der Welt prallen längst nicht mehr die versteinerten Haltungen von vorgestern aufeinander. Wer 'rot' und 'progressiv' dachte, war gegen Wiederbewaffnung und NATO-Beitritt, gegen atomare Trägerwaffen für die Bundeswehr, gegen die Nachrüstung - gegen alles, was sich als 'Kriegstreiberei' und 'Grabendenken' etikettieren ließ. Wer 'schwarz' und 'reaktionär' dachte, war dafür - und schoß mit Verbalgranaten wie 'Neutralismus' und 'Moskauhörigkeit' zurück.

Das ist vorbei, Gott sei Dank. Das Ende des Kalten Krieges hat es bewirkt; die Blöcke draußen hatten auch für Blockbildung im Inneren gesorgt, in den Köpfen wie in der Politik. Gewiß ist auch ein Stück demokratischer Reifung, ja das Heranwachsen einer selbstverantwortlichen Zivilgesellschaft im Spiel, wenn die Bürger nicht mehr stur den Flaggen salutieren, welche die jeweiligen Ideologie-Offiziere hochziehen.

Das macht die Sache nicht einfacher. Ein Roter kann heute genausogut 'Bellizist' in Bosnien sein, wie ein Konservativer auf der Friedens-Schalmei blasen kann. Der moralische Impuls - den Bosniern helfen - kann Links und Rechts spalten. Genauso kann der realpolitische Einwand die Lager zusammenschweißen: zu teuer, zu gefährlich, aussichtslos. Das beste Beispiel für die 'Umwertung aller Werte' ist die republikanische Rechte in Amerika, die leidenschaftlich 'Hände weg von Bosnien!' ruft.

Wenn die alten Flaggen nicht mehr für Gleichtritt sorgen, wie über die Rolle der Gewalt nachdenken? Vorweg: Es gibt keine ewigen Wahrheiten - schon gar nicht im Krieg. Aber man kann sehr wohl Scheinargumente von stichhaltigen und selbstsüchtige von prinzipiellen unterscheiden. Wenn Oskar Lafontaine Kampfeinsätze mit der Begründung verweigert: 'Wir setzen auf Gewaltverzicht, Zusammenarbeit und Verhandlungen', muß man fragen, in welcher Welt dieser Weltpolitiker lebt. Gewaltverzicht in einer Region, wo die Schwächeren ihr Leben nur mit Gewalt retten können? Verhandlungen in einem Land, wo die Stärkeren seit drei Jahren alle Unterhändler in die Verzweiflung getrieben haben?

## Beliebtes Dogma

Schlicht falsch ist auch ein anderes beliebtes Dogma, wonach politische Probleme nicht militärisch gelöst werden können. Das politische Problem Hitler konnte nur mit

Gewalt gelöst werden; dito das Problem, das Ho Chi Minh mit Südvietnam und Amerika hatte. Oder das Problem, das uns Saddam Hussein mit der Einverleibung Kuwaits verschafft hatte. Gewalt kennt allzuhäufig keine andere Antwort als Gewalt, leider.

Ein anderes Prinzip besagt: Wer den Zweck will, muß auch das Mittel wollen. Diesen Satz hat kein Geringerer als der Friedensdenker Kant aufgestellt. Wir haben unsere Verbündeten ständig und wärmstens ermuntert, ihre Truppen ja in Bosnien zu belassen: der Abzug sei 'politisch nicht gewollt und nicht verantwortbar', heißt es in einem SPD-Beschluß vom Januar. Wenn das der Zweck ist, wie können wir gleichzeitig nein zu den Mitteln sagen? Zur Luftaufklärung, zur Luftunterstützung zum Beispiel?

Auch möchte kein Sozialdemokrat den Verbündeten die Treue aufkündigen. Selbst Lafontaine betont unentwegt, daß er an dem Prinzip 'Alle für einen, einer für alle', allerdings nur auf NATO-Gebiet, festhalten wolle. Doch gilt das nicht auch für zwei unserer drei wichtigsten Partner - England und Frankreich -, wenn die eine Flugstunde weiter im Feuer stehen, und zwar im Dienste einer Weltgemeinschaft namens UN, die der SPD ein besonderes Herzensanliegen ist? Auch hier klaffen Zweck (ja) und Mittel (nein) heftig auseinander, stockt der klare Gedankengang. Und deshalb drängt sich die Frage auf, ob hier nicht aus weltpolitischen Dogmen innerparteiliches Kapital geschlagen werden soll. Denn einen Mangel an Intelligenz darf man den Scharping-Gegnern nicht unterstellen.

## Kosten und Risiken

Was sind dann die soliden Argumente gegen einen Bosnien-Einsatz? Das beste liegt auf der Hand: Kein westliches Land will die Kosten und Risiken auf sich nehmen, die Serben massiv und dauerhaft zu ernüchtern, geschweige denn hinterher fünf, zehn Jahre lang notfalls mit Gewalt eine politische Ordnung wiederherzustellen. Bosnien, so lautet das kühle Kalkül, ist den Preis nicht wert.

Nur: 'Die Serben in die Knie zwingen' (Kinkel), das will niemand von den Deutschen, das können auch die Deutschen nicht wollen. In Wahrheit geht es um etwas ganz anderes. Vierzig Jahre lang konnte die Bundesrepublik tatsächlich wie Candide leben, muß sie bloß ihren eigenen Garten bestellen, derweil sie treu ihre Mitgliedsbeiträge an die westliche Gemeinschaft abführte, die mit Amerika an der Spitze für Sicherheit und Stabilität sorgte. Trotz der sehr hohen Prämien blieben die Deutschen letztlich Trittbrettfahrer der Weltpolitik, und deshalb blieben Links und Rechts freudig vereint, wo es darum ging - etwa per Verweis auf Geschichte und Grundgesetz -, eine militärische Rolle strikt zu verweigern.

Das ist vorbei, genauso übrigens wie der Weltmacht-Fimmel, der die Deutschen an der Seite der Wilhelms und Adolfs ins Verderben führte. Kein Mensch will einen 'Platz an der Sonne' (es sei denn in Mauritius), kein Mensch will den Rest der Welt am eigenen Wesen genesen lassen. Aber die meisten haben auch begriffen, daß der Kokon zerrissen

worden ist, der die Bundesrepublik vor den Unbilden der Weltpolitik geschützt hat. Rudolf Scharping weiß es, und Joschka Fischer in Wahrheit auch.

Zur Minimalverantwortung gehört es, daß sich dieses Land bereit hält für tätige, nicht bloß rhetorische Mithilfe. Das hat es auch schrittweise und bedachtsam getan: mit der Entmachtung einer falschen, wiewohl politisch nützlichen Verfassungsinterpretation, mit dem Umbau seiner Streitkräfte in Richtung Interventionsfähigkeit, schließlich mit der 'Zäsur' in Sachen Tornado-Einsatz, den die Regierung in dieser Woche beschlossen und das Parlament mit den Stimmen von etwa 50 Oppositionsabgeordneten absegnet

hat.

Zum Minimalinteresse gehört, daß dieses Land seinen Verbündeten nicht die Hilfe verweigert, die es selbst 40 Jahre lang so reichlich genossen hat. Zumal, da dieses Bündnis noch lange nicht aufhören wird, auch deutschen Interessen zu dienen - zumal, da der Traum von einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein leerer Wahn bliebe, wenn die Deutschen auf ihrem Sonderweg beharrt hätten. Die Entscheidung von Regierung und Parlament war richtig. Die nächste Entscheidung? Sie wird stets aufs neue debattiert werden müssen - aber mit den richtigen Argumenten.